

- > Ziel bleibt, bis 2014 ca. 75 Prozent der Haushalte mit Internet mit mindestens 50 MBit/s zu versorgen
- > Staatssekretär Otto erwartet, dass die digitale Dividende schnell für das Internet genutzt wird
- > Bundesregierung spricht sich für Erhalt der Netzneutralität aus / Telemediengesetz ist ausreichend

„Wettbewerb und Netzausbau statt einer Engpassverwaltung“

> Interview mit Hans-Joachim Otto (FDP), Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium



> Hans-Joachim Otto

Geboren: **30. Oktober 1952** in Heidelberg
1971 - 1977 Studium der Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und Soziologie
1980 - 1983 wissenschaftlicher Assistent
Seit **1992** Vorsitzender der FDP-Medienkommission
Seit **1995** Vorsitzender des FDP-Verbandes Rhein-Main
Mitglied des Bundestages **1990 - 1994** und seit **1998**
Seit **Mai 2005** Mitglied des FDP-Bundesvorstandes
2005 - 2009 Vorsitzender des Kultur- und Medienausschusses des Deutschen Bundestages
Seit **Oktober 2009** Staatssekretär Wirtschaftsministerium

In einem promedia-Gespräch hat der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Hans-Joachim Otto bekräftigt, dass die Bundesregierung „eindeutig für eine wohl definierte Form der Netzneutralität eintritt. Ausgangspunkt ist dabei die Gewährleistung diskriminierungsfreien Datenverkehrs.“ Otto machte deutlich, dass er jedoch gegenwärtig keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht: „In Anbetracht der bisherigen Herausforderungen bietet das Telekommunikationsrecht bislang ausreichend Instrumente, um Missbrauch Einhalt zu gebieten. Entsprechend dem neuen europäischen Rechtsrahmen für Telekommunikation werden wir insbesondere die Transparenzpflichten der Anbieter nochmals stärken.“ Der FDP-Politiker betonte, „dass ein vorschnelles Eingreifen des Gesetzgebers insbesondere der freiheitlichen Grundphilosophie des Internet nicht gerecht wird.“

promedia: Herr Otto, die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, dass bis Ende 2010 alle Haushalte in Deutschland mit Internetanschlüssen mit mindestens einem Megabit pro Sekunde ausgestattet werden sollen. Damit sollten alle „weißen Flecken“ in Deutschland an das Netz angebunden sein. Wie ist der aktuelle Stand?

Otto: Wir gehen davon aus, dass unser kurzfristiges Ziel bis Ende des Jahres weitgehend erreicht werden kann, wenn von den Möglichkeiten des Marktes und den unterschiedlichen Maßnahmen der Breitbandstrategie Gebrauch gemacht wird. Wir setzen dabei nach wie vor sehr stark auf den Markt, den wir mit der Breitbandstrategie flankieren.

Die aktuelle Versorgungslage wird derzeit vom TÜV Rheinland erhoben; insgesamt wurden rund 1.600 Unternehmen angeschrieben und um Zulieferung zum Breitbandatlas der Bundesregierung gebeten. Wir gehen davon aus, dass uns die Daten im September vorliegen. Die Mobilfunkunternehmen haben auf Basis der zusätzlich bereitgestellten Frequenzen („Digitale Dividende“) teils erhebliche Ausbaumaßnahmen noch für dieses Jahr angekündigt; die Deutsche Telekom und ihre Wettbewerber werden zudem den leitungsgebundenen Ausbau weiter vorantreiben. Die Satellitenbetreiber haben kurzfristig Dienste mit Übertragungsraten von bis zu 10 MBit/s angekündigt. Schließlich laufen in vielen „wei-

ßen Flecken“ derzeit Ausschreibungsverfahren auf Grundlage der von der Bundesregierung und den Ländern bereitgestellten Fördermittel, die gezielt zur Schließung weiterer Versorgungslücken führen werden.

promedia: Wo liegen die Hauptschwierigkeiten beim Tilgen der „weißen Flecken“?
Otto: Eine Hauptschwierigkeit liegt darin, dass sich die Anforderungen an die Übertragungsraten ständig erhöhen und wir es insoweit mit einem dynamischen Ziel zu tun haben. Zunächst gab es erhebliche Informationsdefizite und eine zu starke Fokussierung auf einzelne Unternehmen und Techniken. Funklösungen wurden vielfach nicht als Alternative akzeptiert, obwohl die Dienste leistungsstark und kurzfristig realisierbar sind. Hier konnten wir durch eine umfassende Informationspolitik deutliche Fortschritte erzielen.

Mittlerweile ist den meisten Entscheidern vor Ort klar, dass wir nur über einen Anbieter- und Technologiemix vorankommen und der Ausbauprozess gestuft ablaufen wird. Einige Anlaufschwierigkeiten gab es auch bei den Fördermaßnahmen, die zwischenzeitlich aber stark genutzt werden.

promedia: Bis 2014 sollen dann drei von vier Haushalten mit mindestens 50 Megabit erreicht werden können. Ist das noch realistisch?

Otto: Die Zielsetzung für 2014 werden wir erreichen. In einem Flächenland wie Baden-Württemberg ist das bereits heute der Fall. Der deutsche Breitbandmarkt ist auch im internationalen Vergleich nach wie vor sehr dynamisch. Die hohe Wettbewerbsintensität wird letztlich auch die Erschließung ländlicher Räume vorantreiben.

Unser 75-Prozent-Ziel ist realistisch, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der großen Po-

tenziale der TV-Kabelnetze wie in Baden-Württemberg.

promedia: Die mobile Internetnutzung nimmt schnell zu und wird durch das iPad und andere Tablet-PC noch beschleunigt werden. Reicht das Tempo beim Ausbau des mobilen breitbandigen Internets aus?

Otto: Die neuen Endgeräte werden die Entwicklung nachhaltig beschleunigen, das ist richtig. Die Dienstfülle ist mittlerweile so groß, dass fast Jeder nutzbringende Breitband-Anwendungen für sich identifizieren kann. Vor diesem Hintergrund könnte das Ausbautempo natürlich schneller sein, allerdings können flächendeckende Infrastrukturen nicht über Nacht gebaut werden. Denn mit Blick auf die geradezu explodierenden Datenmengen, die demnächst über mobile Endgeräte laufen werden, müssen die Mobilfunkstationen zunehmend mit erdgebundenen Glasfaserleitungen erschlossen werden. Das wird eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

promedia: Eine wichtige Rolle soll LTE dabei spielen, für das Rundfunkfrequenzen versteigert worden sind. Wann rechnen Sie mit dem Start von LTE und welche Erwartungen verbinden Sie damit?

Otto: Die Frage ist zunächst an die Mobilfunkunternehmen zu richten, die kürzlich viel Geld für zusätzliches Frequenzspektrum ausgegeben haben. Ein Anbieter hat den Start des LTE-Ausbaus für September angekündigt. Wir erwarten, dass die Frequenzen sehr kurzfristig genutzt werden, und zwar in der Fläche für funkgestützte ortsfeste Breitbanddienste. Die mobile Komponente wird etwas später dazukommen, sobald entsprechende Endgeräte verfügbar sind.

promedia: Sollten die Telekommunikationsunternehmen z.B. noch mehr Rundfunkfrequenzen erhalten, wie es auch die EU-Kommission fordert?

Otto: Aufgrund der Mobilität der modernen Wissensgesellschaft und ihres zunehmenden Datenhungers benötigen Mobilfunkanwendungen Übertragungskapazitäten, die fortlaufend höhere Ansprüche an die Frequenzausstattung des Mobilfunks stellen. Bereits heute gehört der Mobilfunk über alle Sektoren hinweg zu den am intensivsten genutzten Frequenzbereichen. Daher ist die Bundesregierung fortlaufend bemüht, Maßnahmen zur Deckung des Frequenzbedarfs aus dem gesamten Spektrum zu ergreifen. So können andere Frequenznutzer, wie zuletzt der Rundfunk, die ihnen zugeteilten Frequenzen durch Digitalisierung ihrer Anwendungen effizienter nutzen und freiwerdendes Frequenzspektrum für

Mobilfunkanwendungen freigeben (sog. Digitale Dividende). Deutschland ist das erste Land in Europa, in dem Frequenzen der sog. Digitalen Dividende für Mobilfunkanwendungen versteigert werden konnten. Insgesamt wurden im Rahmen der jüngsten Auktion 360 MHz für den drahtlosen Netzzugang versteigert und damit das für diese Nutzung zur Verfügung stehende Spektrum mehr als verdoppelt. Ob und welche Maßnahmen zur Sicherung angemessener Übertragungskapazitäten zukünftig konkret erforderlich sein werden, ist derzeit noch nicht absehbar.

promedia: Die Deutsche Telekom hat unter anderem angekündigt, für Anbieter von Mobile-Angeboten mit großen Datenraten z.B. für Spielfilme auch höhere Vergütungen zu verlangen. Sehen Sie durch eine solche differenzierte Preispolitik möglicherweise die Netzneutralität gefährdet?

Otto: Betrachtet man das Phänomen steigender Datenmengen, ist festzuhalten, dass die Anforderungen an bereitzuhaltende Übertragungskapazitäten stetig wachsen. Neben einem langfristigen Netzausbau kann dem mit einem intelligenteren Netzwerkmanagement begegnet werden. Wir setzen allerdings vorrangig auf Wettbewerb und Netzausbau und weniger auf eine Engpassverwaltung. Hierdurch würden Diskriminierungsfragen, die Eingriffe eines intelligenten Netzwerkmanagements zur Vermeidung von Stauerscheinungen nach sich ziehen würden, erst gar nicht aufgeworfen.

Hinsichtlich der Debatte im Ganzen ist zu berücksichtigen, dass sich die dem Internet zugrundeliegende Technik ebenso wie die Geschäftsmodelle der Diensteanbieter, Netzbetreiber und Gerätehersteller in einem Umbruch befinden. Im Rahmen breitbandiger Datendienste werden Internet, Telekommunikation und Mediendienste zukünftig auf einer Plattform erbracht. Bei allen Gemeinsamkeiten treffen dabei in vielerlei Hinsicht durchaus unterschiedliche Prinzipien aufeinander. Wir wollen im Interesse der Nutzer Diskriminierungsfreiheit und transparente Angebote. Aufgrund der gesellschaftlichen Bedeutung der Informationstechnologie ist die aktuelle Debatte zu begrüßen. Ein vorschnelles Eingreifen des Gesetzgebers würde dagegen insbesondere der freiheitlichen Grundphilosophie des Internet nicht gerecht; zumal das Telekommunikationsrecht bislang ausreichend Instrumente bereit hält, um einem Missbrauch Einhalt zu gebieten.

promedia: Durch die Gespräche zwischen Google und Verizon ist das Thema der Netz-

neutralität wieder aktuell geworden. Wie wichtig ist die Netzneutralität für die Bundesregierung?

Otto: Das Thema Netzneutralität findet sich ja bereits in der Koalitionsvereinbarung. Wir treten ganz eindeutig für eine wohl definierte Form der Netzneutralität ein. Ausgangspunkt ist dabei die Gewährleistung diskriminierungsfreien Datenverkehrs. Klar ist, dass die Bundesregierung Wettbewerbsbehinderungen ebenso wie Beeinträchtigungen der Funktionen, die das Internet der Gesellschaft heute bietet, nicht tolerieren wird.

promedia: Sehen Sie angesichts der Erklärungen von Google und weiterer Provider, vor allem beim mobilen Internet, die Netzneutralität nicht mehr garantieren zu können, gesetzlichen Handlungsbedarf der Bundesregierung?

Otto: In Anbetracht der bisherigen Herausforderungen bietet das Telekommunikationsrecht bislang ausreichend Instrumente, um Missbrauch Einhalt zu gebieten. Entsprechend dem neuen europäischen Rechtsrahmen für Telekommunikation werden wir insbesondere die Transparenzpflichten der Anbieter nochmals stärken. Weiterer Änderungsbedarf auf nationaler oder europäischer Ebene ist hier derzeit nicht erkennbar. Klar ist, dass die Bundesregierung die Wahrung der Netzneutralität genau beobachten und erforderlichenfalls handeln wird. Die Diskussion wird außerdem auch im Rahmen der Enquete-Kommission des Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“ intensiv geführt.

promedia: Die Netzneutralität ist ein globales Thema. Wie sehen Sie die Chancen, zumindest auf europäischer Ebene zu einer verbindlichen Regelung zum Schutz der Netzneutralität zu kommen?

Otto: Auch auf europäischer Ebene sucht man noch nach einer genauen Erfassung der sich herausbildenden Probleme und der sich anbietenden Lösungsansätze. Eine entsprechende Anhörung läuft derzeit. Die aktuell stattfindende Debatte ist in soweit sehr hilfreich. Im Hinblick auf die globale Dimension des Themas Netzneutralität ist allerdings festzustellen, dass der europäische Rechtsrahmen für Telekommunikation bereits heute mehr und bessere Instrumente zur Begegnung von Missbrauch bereit hält, als dies u.a. in den Vereinigten Staaten der Fall ist. Dort werden die Herausforderungen der Netzneutralität daher weitaus kontroverser diskutiert, nicht zuletzt weil die regulatorischen Rahmenbedingungen in den USA gegenwärtig noch anders sind. (LZ)